

Zum strukturellen Wandel im Hochschulbereich der neuen Länder

Henri Adler

Im Hochschulbereich der neuen Länder erfolgt mit der Gründung von Fachhochschulen, veränderten Gewichtungen im Fächerangebot und damit verknüpften Umgestaltungen im Netz der Ausbildungsstandorte ein tiefgreifender struktureller Wandel. Im vorliegenden Beitrag werden quantitative Vorstellungen über den Strukturwandel nach einem Modellansatz der Annäherung an Hochschulstrukturen im alten Bundesgebiet entwickelt. Ausmaß und mögliche Entwicklungstendenzen der fachstrukturellen Veränderungen werden anhand eines Vergleichs von Studienanfängerzahlen und Studienabsichten von Gymnasialschülern im ersten Teil des Beitrages dargestellt. Anschließend wird mit Hilfe von Dichteziffern die Standortdichte im Hochschulnetz der alten und neuen Länder ermittelt. Es werden Entwicklungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für die mögliche Zahl der Standorte im universitären und Fachhochschulbereich des neuen Bundesgebietes aufgezeigt.

1 Vorbemerkung

Im Hochschulbereich der neuen Länder vollziehen sich im Rahmen des Erneuerungsprozesses weitreichende strukturelle Veränderungen. Wesentliche Elemente dieses Strukturwandels sind der Aufbau eines in sich differenzierten Hochschulsystems durch Gründung der Fachhochschulen und veränderte Gewichtungen im Fächerangebot. Eng verknüpft damit sind Umgestaltungen im Netz der Ausbildungsstandorte.

Wird vorausgesetzt, daß sich im neuen Bundesgebiet längerfristig vergleichbare Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen wie im alten Bundesgebiet herausbilden, dann ist in den Grundproportionen mit ähnlichen strukturellen Merkmalen im Hochschulbereich der neuen Länder zu rechnen. Dieser Strukturwandel ist erforderlich, um ein gleiches Bildungsangebot wie im alten Bundesgebiet zu schaffen.

Unter dieser Voraussetzung läßt sich der mögliche Wandlungsprozeß im Hochschulbereich der neuen Länder zunächst durch einen Modellansatz beschreiben, der als längerfristiges Ziel ähnliche Hochschulstrukturen wie im alten Bundesgebiet unterstellt. Ein solcher Modellansatz kann aufgrund der Unsicherheiten in der voraussichtlichen Entwicklung der neuen Länder keinen prognostischen Aussagewert haben. Er kann jedoch Zielrichtung und Ausmaß der möglichen Veränderungen in den Grundpositionen sichtbar machen und einige Konsequenzen für die Entwicklung der fachlichen Zugangsstrukturen zum Studium und für das Standortnetz aufzeigen.

2 Zur Veränderung der Ausbildungsstrukturen

Im Zusammenwirken der Entwicklung von Nachfrage nach und Angebot an Studienplätzen werden sich die fachbezogenen Zugangsstrukturen zum Studium in den neuen Ländern erheblich verändern. Einen maßgeblichen Einfluß darauf wird die Gründung der Fachhochschulen ausüben. Im alten Bundesgebiet begannen im Studienjahr 1988/89 25 % der Studienanfänger ein Studium an Fachhochschulen.¹ Diese Ausbildungsform war in der früheren DDR nicht vorhanden.² Der Wissenschaftsrat empfahl bereits im Jahre 1989, den Anteil der Fachhochschulen an den Studienanfängern auf 30 % zu erhöhen.³

¹ Weitere 4,5 % der Studienanfänger begannen an Verwaltungsfachhochschulen.

² Studienanfänger im 1. Hochschulsesemester. Berechnet nach: Studenten an Hochschulen, Wintersemester 1988/89 und Sommersemester 1989.

³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum künftigen Hochschulausbau. In: Empfehlungen und Stellungnahmen 1989. Köln 1990, S. 24.

Dementsprechend sehen seine Empfehlungen für den Aufbau der Fachhochschulen in den neuen Ländern vor, daß langfristig ebenfalls bis zu 30 % der Studienanfänger eines Jahrgangs das Studium an Fachhochschulen beginnen sollten.¹ Hinzu kämen ca. 4,5 % Studienanfänger in Studiengängen, die für den Verwaltungsdienst an Verwaltungsfachhochschulen oder (wie der Wissenschaftsrat empfiehlt) an Fachhochschulen ausgebildet werden. Die neuen Hochschulstrukturen werden dazu führen, daß die Bildungswilligen die akademischen Laufbahnen und Qualifikationsabschlüsse neu zu bewerten haben. Dieser Prozeß hat besondere Bedeutung im Hinblick auf den sozialen Aspekt des Hochschulzuganges, der in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren hervorgehoben wurde: die stimulierende Funktion der Fachhochschulen auf die Studienbeteiligung von bildungsferneren Schichten.² Das betrifft nicht nur Abiturienten, die sich bisher auf das relevante Fächerangebot im Hochschulbereich der DDR, zum Teil aber auch an Ingenieur- und Fachschulen orientierten, sondern in besonderem Maße auch einen Teil jener Jugendlichen, die bis Ende der 80er Jahre ein Studium an Ingenieur- und Fachschulen über die Facharbeiterqualifikation anstrebten. Besonders für die letztgenannte Gruppe ist es wichtig, die entsprechenden Zugangswege zum Erwerb der Fachhochschulreife, insbesondere durch den Aufbau von Fachoberschulen, zu schaffen.

Wesentliche Veränderungen werden auch die Zugangsproportionen nach Studienfächern erfahren. In der früheren DDR hatten sich im Rahmen der staatlich gelenkten Zulassungspolitik fach-strukturelle Ausbildungsproportionen im Hochschulbereich herausgebildet, die sich in erheblichem Maße von denen in der Bundesrepublik unterschieden. So lag das Schwergewicht der Neuzulassungen auch 1990 noch bei den auf die produzierende Wirtschaft und die soziale Infrastruktur (Gesundheits- und Bildungswesen) bezogenen Studienrichtungen. Die Ingenieurwissenschaften und die Ausbildung von Lehrern besaßen einen Anteil an allen Studienanfängern von etwa 55 %, im alten Bundesgebiet dagegen von nur 31 % und im gesamten Hochschulbereich im universitären Bereich sogar von nur knapp 25 %. Andererseits sind an den Hochschulen der neuen Länder vor allem die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die Sprach- und Kulturwissenschaften (ohne Lehramt) im Vergleich zum Anteil im Hochschulbereich der alten Länder unterrepräsentiert (vgl. Tab. 1).

¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern. Düsseldorf 1991, S. 60.

² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991, S. 33.

Innerhalb der Fächergruppen bestehen jedoch in einzelnen Studienbereichen den allgemeinen Gegebenheiten entgegengerichtete Unterschiede. Beispiele sind die Studienrichtung Ingenieurökonomie im DDR-Hochschulsystem mit einem höheren Anteil Studienanfänger als der vergleichbare Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen an den Hochschulen im alten Bundesgebiet und der Studienbereich Architektur mit einem geringeren Anteil.

Im Gefolge der Öffnung der Hochschulen und der veränderten Arbeitsmarktbedingungen für Hochschulabsolventen sind erhebliche strukturelle Veränderungen im Zugang zum Studium nach Fachrichtungen zu erwarten. Obwohl es in der früheren DDR eine quantitative Orientierung für die Bewerbungen zum Studium nach Wissenschaftszweigen gab, die sogar auf Kreisebene eingehalten werden sollte, wich die tatsächliche fachbezogene Bewerberstruktur auch nach Wissenschaftszweigen von den geplanten Zulassungszahlen ab. So kamen im Jahre 1989 auf einen geplanten Studienplatz beispielsweise in den Sprach- und Kulturwissenschaften, Mathematik/Naturwissenschaften (jeweils ohne Lehramt) und in der Medizin 1,3 bis 1,4 Bewerber, während es in den Ingenieurwissenschaften 1,1, im Diplomlehrerstudium 1,0 und in der Fächergruppe Kunst/Kunstwissenschaften nur 0,8 Bewerber waren. Innerhalb der Ingenieurwissenschaften schwankte diese Relation wiederum zwischen 1 : 1,2 in elektrotechnischen Studienrichtungen und 1 : 0,8 in der Energietechnik¹. Es bestanden somit bereits zu DDR-Zeiten unter den Studienbewerbern fachbezogene Interessen, die den geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Disziplinen ein größeres Gewicht gaben als den quantitativ stärker ausgebauten Fächergruppen.

Allein aufgrund dieser fachspezifischen Studieninteressen sind kurzfristige Veränderungen in den Fächerproportionen des Hochschulzugangs zu erwarten. Sie entsprechen in der Tendenz einer Annäherung an die Strukturen im westdeutschen Bundesgebiet. Außerdem spiegeln diese Studieninteressen auch einen Einfluß der konkreten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten hinsichtlich attraktiver Tätigkeitsfelder auf die Studienfachwahl wider. Die Differenziertheit der fachlichen Studieninteressen innerhalb der Ingenieurwissenschaften belegt das.

¹ Berechnet nach Material des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR über den Stand der Bewerbungen für das Studienjahr 1989/90 und die folgenden Jahre.

Tabelle 1: Neuzulassungen an Hochschulen in den neuen Ländern und an den Studienanfängern¹⁾ im Hochschulbereich der alten Länder²⁾ - in Prozent -

Fächergruppe/ Studienbereich	Neue Län- der 1990	Alte Länder 1988/1989		
		insge- samt	Univers./ Hochschule	Fachhoch- schule
Sprach- u. Kulturwiss.	15,0	17,0	23,5	1,5
Sport	2,7	0,8	1,1	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss. ³⁾	20,0	31,8	28,6	28,6
Mathem./Naturwiss.	14,6	16,2	20,3	7,6
Medizin	7,3	4,4	6,3	-
Veterinärmedizin	0,7	0,3	0,5	-
Agrar-, Forst- u. Er- nährungswiss.	2,7	2,5	2,1	4,0
Ingenieurwiss.	34,3	23,3	13,3	55,7
Kunst/Kunstwiss.	2,7	3,6	4,2	2,6
Sonstige	-	0,1	0,1	-
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter: Lehramt insgesamt	20,0	7,6	10,8	-
Sprach- und Kultur- wiss. (ohne Lehramt)	4,7	13,5	18,6	1,5
Rechtswissenschaft	4,4	5,3	7,3	-
Betriebswirtschaft	5,1	8,6	8,0	11,6
Wirtschaftsing.-wesen	3,9	1,2	0,8	2,5
Politik- u. Soz.wiss.	0,9	5,2	3,4	11,5
Architektur (ohne Lehramt)	1,2	2,4	1,3	6,2

¹⁾ Studienanfänger im 1. Hochschulse semester.

²⁾ Quelle: Berechnet nach Hochschulstatistik 1990 (neue Länder) und Studenten an Hochschulen, Wintersemester 1988/89 und Sommersemester 1989.

³⁾ Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

Mit den nunmehr sich vollziehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen werden von den Studierwilligen auch die fachspezifischen Chancen im Beschäftigungssystem und der soziale Status als Hochschulabsolventen neu bewertet. Auch dies trägt in Zukunft wesentlich zu einem Wandel in der fachspezifischen Nachfrage nach Studienplätzen bei. Art und Tempo dieses Wandels hängen insbesondere von der kaum abschätzbaren wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verknüpften Situation auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Ländern ab. Dies beeinflusst nicht nur den Stellenwert von Bildung unter der Bevölkerung überhaupt, sondern auch die Beteiligung am Studium insgesamt und in der fachlichen Ausrichtung. Eine Annäherung an die fachlichen Strukturen des Hochschulbereichs im alten Bundesgebiet ist daher nur unter vergleichbaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu erwarten.

Wie eine Schülerbefragung¹ zeigt, vollziehen sich die Veränderungen in der Studienfachwahl unter Studierwilligen offenbar sehr schnell. Auch wenn bis zum Studienantritt (für einen Teil der Population bereits 1993) noch strukturelle Veränderungen in der Fachwahl zu erwarten sind, kennzeichnen die Ergebnisse tendenziell die fachliche Grundstruktur der Studieninteressen. Im Vergleich mit der Zulassungsstruktur des Jahres 1988 in der DDR² zeigen sich in der Studienfachwahl der studierwilligen Gymnasialschüler grundlegende Veränderungen (vgl. Tab. 2, Sp. 1 und 2).

Einerseits hat sich die zu DDR-Zeiten bei den Bewerbungen ausgeprägte Tendenz eines größeren Interesses am Studium der Geistes- und Naturwissenschaften und Medizin nach Wegfall der limitierenden Vorgaben noch verstärkt. Andererseits spiegeln die Studienwünsche die veränderte Bewertung der Arbeitsmarktchancen für Hochschulberufe in der Wirtschaft durch die Studierwilligen wider.

Besonders stark gesunken ist der Anteil der ingenieur- und agrarwissenschaftlichen sowie der Lehramtsstudiengänge bei den Studierwilligen. Ein solch starker Rückgang betrifft auch die bislang im Rahmen der Ingenieurwissenschaften überdurchschnittlich angestrebten elektrotechnischen Studiengänge.

¹ Befragt wurden im Juni 1991 Schüler der 9. und 11. Klasse der Erweiterten Oberschule in den Ländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie in Berlin.

² Die Zulassungsstruktur 1988 spiegelt die durch die Zulassungsplanung limitierten Fachproportionen besser als die Strukturen von 1990 wider.

Tabelle 2: Struktur der Neuzulassungen an Hochschulen der DDR¹⁾, der Studienabsichten von studierwilligen Gymnasialschülern in den neuen Ländern²⁾, sowie der deutschen Studienanfänger in den alten Ländern³⁾

- in Prozent -

Fächergruppe/ Studienbereich	Neuzulas- sungen DDR 1988	Gymnasial- schüler Neue Län- der 1991	Studienanfänger BRD insgesamt 1988/89	
			insgesamt	darunter ohne Fach- hochschulen
	1	2	3	4
Sprach- und Kulturwiss.	3,0	14,9	11,8	16,5
Sport	1,3	1,5	0,4	0,6
Rechts-, Wirt.- und So- zialwissenschaften	14,4	30,1	32,4	29,1
darunter:				
Rechtswissenschaft	1,7	10,4	5,4	7,8
Betriebswirtschaft	4,1	15,6	8,8	8,4
Mathematik/Naturwiss.	9,1	16,9	14,8	18,5
Medizin	8,4	11,8	4,5	6,5
Veterinärmedizin	0,6	1,1	0,3	0,5
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	4,0	0,5	2,5	2,0
Ingenieurwiss. darunter:	35,0	10,6	23,4	13,1
Maschinenbau	11,8	1,1	10,9	6,0
Elektrotechnik	5,7	1,7	7,4	4,3
Kunst, Kunstwiss.	2,8	7,4	2,9	3,2
Lehramt	21,4	5,2	7,0	10,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Quelle: Hochschulstatistik Studierende der DDR 1988, Band II, Tabelle 26

²⁾ Befragte Schüler der 9. und 11. Klasse, die mit fester Absicht oder wahrscheinlich ein Studium aufnehmen wollen. - An erster Stelle gewünschtes Studienfach.

³⁾ Deutsche Studenten im 1. Hochschulsesemester. Quelle: Studenten an Hochschulen, Wintersemester 1988/89 und Sommersemester 1989. In: Statistisches Bundesamt(Hrsg.): Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.1. Wiesbaden.

An Absolventen dieser Studienrichtungen besteht infolge der Wirtschaftslage in den neuen Ländern voraussichtlich längerfristig nur ein begrenzter Bedarf, und zugleich existiert ein deutlich höherer Bestand im Beschäftigtenpotential der neuen Länder als im alten Bundesgebiet.¹ Die Arbeitsmarktlage für diese Absolventengruppen wirkt offenbar stark dämpfend auf die Studiennachfrage in entsprechenden Fachrichtungen. Unter den befragten studierwilligen Gymnasialschülern besitzen diese Studienrichtungen sogar eine deutlich geringere Bedeutung als unter den Studienanfängern im alten Bundesgebiet (vgl. Tab. 2, Sp. 2 mit Sp. 3 und 4). Überdurchschnittlich an Bedeutung gewonnen haben unter den Studierwilligen aus den neuen Ländern besonders solche Studienrichtungen, nach deren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt der neuen Länder ein erheblicher Nachholbedarf besteht oder für die attraktivere Berufsaussichten erwartet werden. Das betrifft vor allem die Sprach- und Kulturwissenschaften, die Rechtswissenschaften und die Betriebswirtschaft. Die beiden letztgenannten Studienrichtungen sowie auch das Studium der Medizin und der Kunst/Kunstwissenschaften wird von den Schülern aus den neuen Ländern stärker angestrebt als deren Anteil unter Studienanfängern im alten Bundesgebiet ausmacht.

Die Studienfachwahl der befragten Schüler muß allerdings unter dem Gesichtspunkt bewertet werden, daß es sich hierbei um Vorstellungen handelt, die sich bis zur endgültigen Studienentscheidung noch mehr oder weniger verändern können und somit nur Grundorientierungen widerspiegeln. Dennoch ist ein sich sehr schnell vollziehender Wandel in der Studienfachwahl mit einer tendenziellen Annäherung an das Wahlverhalten Studierwilliger im alten Bundesgebiet zu erkennen. Die Annäherung ist besonders augenfällig im Vergleich mit der Fachstruktur der Studienanfänger an Universitäten und Hochschulen ohne Fachhochschulen (vgl. Tab. 2, Sp. 2 und Sp. 4).²

¹ Im Jahre 1985 waren in der DDR 19, in der BRD aber nur 11 Diplomingenieure je 1.000 Beschäftigte in der Industrie tätig. (Hensel, R.; Reuschel, H.-D.: Der ungeliebte Hintergrund - Reform und Integration der höheren Bildung in den neuen Bundesländern im Spannungsfeld von Bildungsökonomie und -politik. In: Das Hochschulwesen 39., Heft 5, 1991, S. 201 - 207. Bei Lehrern gab es Ende der 80er Jahre in der DDR einen Bestand von etwa 10 Schülern je Lehrer (Zentralinstitut für Hochschulbildung: Umfang und Struktur der Zulassungen zum Hochschulstudium 1986 bis 2000 / Forschung über das Hochschulwesen 1988, 43. Berlin 1988, S. 29 und 30), in der BRD aber ca. 16 Schüler je Lehrer (Berechnet nach: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1988 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden-Stuttgart 1988, S. 349).

² Bei dem Vergleich ist zu berücksichtigen, daß nur Schüler von Erweiterten Oberschulen befragt wurden. Deren Studienziel dürfte - ähnlich wie das von Gymnasialschülern in den alten Bundesländern - künftig vorwiegend auf Universitäten und Hochschulen mit entsprechen-
(Fortsetzung...)

Insgesamt ist zu erwarten, daß es in den neuen Ländern zu einer sehr schnellen Veränderung in der fachstrukturellen Nachfrage nach Studienplätzen kommen wird - mit der Tendenz einer Annäherung an die Nachfragestruktur im alten Bundesgebiet. Auf diesen Wandlungsprozeß üben jedoch mittelfristig noch spezifische Einflüsse der Arbeitsmarktsituation für Akademiker in den neuen Ländern eine zum Teil stark modifizierende Wirkung aus. Erst auf längere Sicht - im Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende - kann infolge der Veränderungen in der Studienfachwahl und des Aufbaus der Fachhochschulbildung erwartet werden, daß sich fachliche Zugangsstrukturen zum Hochschulstudium in den neuen Ländern herausbilden, die einem Zielmodell der alten Länder ungefähr entsprechen (vgl. Tabelle 3).

Dabei werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

1. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in den neuen Ländern haben sich denen im alten Bundesgebiet weitgehend angeglichen.
2. Die Beteiligung eines Altersjahrganges am Hochschulstudium hat ein ähnliches Niveau wie in den alten Ländern erreicht.
3. Auch der Anteil ausländischer Studienanfänger und deren fachliche Ausrichtung nähern sich den Werten im Hochschulbereich der alten Länder an.
4. Der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen wird - gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats¹ - auf 30% steigen. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Fachhochschulausbildung in den alten Ländern drückt der Wissenschaftsrat die Erwartung aus, daß eine Ausweitung des Studienplatzangebotes im Fachhochschulbereich dämpfend auf die Nachfrage nach entsprechenden Studienrichtungen an Universitäten wirkt.² Es wird angenommen, daß sich in den neuen Ländern die Nachfragerelationen und Studienplatzangebote entsprechend entwickeln werden.

²(...Fortsetzung)

chender Studienfachwahl gerichtet sein, weniger auf den Besuch von Fachhochschulen. Ferner ist zu beachten, daß zwischen der Studienfachwahl Studierwilliger und der Fachstruktur der Studienanfängerzahlen infolge Verzerrung durch Numerus-clausus-Fächer nur ein eingeschränkter Vergleich möglich ist.

¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern. Düsseldorf 1991, S. 60.

² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991, S. 69.

5. Die Anteilsproportionen nach Fächergruppen in den alten Ländern stellen eine längerfristig relativ stabile Grundstruktur dar. Mögliche Einflüsse auf die Studienfachwahl durch Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden vor allem zu Strukturveränderungen innerhalb der Fächergruppen führen.

Tabelle 3: Anteil der Fächergruppen und Hochschularten an den Studienanfängern in den neuen Ländern nach Zielmodell der alten Länder ¹⁾

- in Prozent -

Fächergruppe	Universität/ Hochschule	Fachhochschule	insgesamt
Sprach- u. Kulturwiss.	16,5	0,4	17,0
Sport	0,8	-	0,8
Rechts-, Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften	18,7	8,6	31,8 ²⁾
Mathematik / Naturwiss.	13,9	2,3	16,2
Medizin	4,4	-	4,4
Veterinärmedizin	0,3	-	0,3
Agrar-, Forst- u. Ernährungswiss.	1,3	1,2	2,5
Ingenieurwissenschaften	6,6	16,7	23,3
Kunst, Kunstwiss.	2,8	0,8	3,6
Sonstige	0,1	-	0,1
Insgesamt	65,4	30,0	100,0

¹⁾ Annahme: 30 % Anteil Studienanfänger an Fachhochschulen bei Reduzierung in adäquaten Fächergruppen an Universitäten

²⁾ Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

Nach diesem Zielmodell für zukünftig mögliche Ausbildungsstrukturen ergeben sich auf der Grundlage und in Verbindung mit den zukünftig ins-

gesamt stark steigenden Studienanfängerzahlen je nach Fächergruppe sehr unterschiedliche Entwicklungsanforderungen.

Während in einigen Fächergruppen die Nachfrage nach Studienplätzen wesentlich schneller zunimmt als die Bewerberzahl insgesamt (z.B. Kultur- und Sprachwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), ist in anderen Fächergruppen, insbesondere in den Ingenieur- und Agrarwissenschaften im universitären Bereich, nur mit einem geringen Zuwachs zu rechnen.

In einzelnen Fachbereichen wird diese fachspezifische Entwicklung infolge der unterschiedlichen Einflüsse des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern zusätzlich beeinflusst. Dies kann zum Teil zu übersteigerten Reaktionen der Studierwilligen bei der Fachrichtungswahl führen. Erst nach einem weitgehenden Abbau des Mangels bzw. der Übersättigung auf dem akademischen Arbeitsmarkt und nach Stabilisierung könnten sich ähnliche Anteilsproportionen wie in den alten Ländern herausbilden.

In anderen Studienrichtungen, wie Humanmedizin und Zahnmedizin, wird sich die Zahl der Studienanfänger künftig kaum erhöhen. In diesen Studiengängen wurde bereits Ende der 80er Jahre an DDR-Hochschulen ein um etwa 10 Prozent höherer Anteil Studienanfänger am Altersjahrgang als im Hochschulbereich der Bundesrepublik zugelassen. Trotz des höheren bzw. zunehmenden Studieninteresses besteht daher im Hinblick auf die Kapazität für die Ausbildung von Ärzten im Vergleich zu den alten Ländern kein Anlaß, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen.

Die Beispiele machen deutlich, daß die Universitäten und übrigen Hochschulen in den neuen Ländern zwar sehr schnell mit veränderten fachstrukturellen Studieninteressen zu rechnen haben, diese aber noch für einen längeren Zeitraum durch die spezifischen gesellschaftlichen und Arbeitsmarktbedingungen im ostdeutschen Raum eine besondere Entwicklung aufweisen können. Auch der Aufbau und die Entwicklung der Fachhochschulen erfordert eine Anpassungsphase, weil die notwendigen Bildungsstrukturen, wie die Fachoberschulen, erst allmählich aufgebaut werden können und sich die Bevölkerung auf diesen Bildungsweg erst einstellen muß.

Unter diesen spezifischen Bedingungen kann die derzeitige Nachfrage nach Studienplätzen nicht als Maßstab für die längerfristige Gestaltung der Ausbildungskapazitäten dienen. Der strukturelle Auf- und Ausbau des Hochschulbereichs in den neuen Ländern kann sich nicht an der Nachfrage in der gegenwärtigen Umbruchphase orientieren.

Um die Anpassungsphase bewältigen zu können, sind an den Hochschulen fachspezifisch angelegte Strategien zur Entwicklung des Leistungsangebotes, insbesondere des Studienplatzangebotes, erforderlich.

Es ist aber auch nötig, längerfristige Konzepte zu entwickeln, die mehr oder weniger abweichende Ausbildungsstrukturen vorsehen. Diese werden benötigt, wenn die wirtschaftliche Entwicklung im ostdeutschen Raum zu wesentlich anderen Strukturen auf dem Arbeitsmarkt als im alten Bundesgebiet führen sollte. Eine solche Entwicklung wäre beispielsweise gegeben, wenn der Aufbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im ostdeutschen Wirtschaftsraum deutlich hinter dem relativen Potential in der Wirtschaft des alten Bundesgebietes zurückbleibt. Als Folge könnten sich in den produktionsorientierten Beschäftigungsbereichen veränderte Nachfrageproportionen zugunsten der Fachhochschulabsolventen einstellen.

3 Zur Entwicklung des Standortnetzes

Mit dem strukturellen Wandel auf das engste verknüpft und dessen unmittelbarer Bestandteil sind Veränderungen im Standortnetz des Hochschulbereichs der neuen Länder. Die besondere raumwirksame Funktion von Hochschulen mit dem Einfluß auf Studienbeteiligung, Bildungswanderung und räumliche Bindung hochqualifizierter Fachkräfte sowie auf die räumlichen Beziehungen von Wissenschaft und Wirtschaft stellt - neben wissenschaftsspezifischen und betriebswirtschaftlichen Bedingungen - einen eigenständigen Faktor bei Strukturentwicklungen im Hochschulbereich dar. Ein Ausdruck dafür sind die Bestrebungen in den neuen Ländern zur Gründung neuer oder zum Ausbau vorhandener Hochschulstandorte. Ansiedlung und Ausbau von Hochschulen wird als Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Strukturentwicklung angesehen und wirksam. Daher kann das hochschulpolitische Ziel, mit Erneuerung und Ausbau des Hochschulbereichs in den neuen Ländern einen Beitrag zur Angleichung an die Lebensverhältnisse im alten Bundesgebiet zu leisten,¹ in bedeutendem Maße durch Veränderungen im Standortnetz erreicht werden.

Im Hochschulnetz der neuen Länder werden sich nicht nur aufgrund des Aufbaus eines Fachhochschulnetzes, sondern auch infolge der Beseitigung spezifischer Merkmale im Standortgefüge der Universitäten und sonstigen Hochschulen, bedeutende Veränderungen vollziehen. Letzteres betrifft die Vielzahl spezialisierter Hochschulen mit begrenztem Ausbildungsprofil, was sich auch auf die räumliche Funktion der Standorte in besonderer Weise auswirkte.

Ein Merkmal der raumbezogenen Funktion des Hochschulsystems ist das Standortnetz der Hochschuleinrichtungen. Ein Vergleich auf der Basis der

¹ Hochschulpolitische Zielsetzungen der Bundesregierung. In: BMBW (Hrsg.): Aktuell, Bildung, Wissenschaft, Nr. 14/90, S. 3.

hier verwendeten Dichteziffern¹ kann jedoch nur begrenzt die raumwirksame Funktion des Hochschulbereichs ausdrücken. Es gibt verschiedene qualitative Faktoren, welche die Gestaltung des Hochschulnetzes in den neuen Ländern beeinflussen, aber bei einem Vergleich der Standortdichte nicht berücksichtigt werden können. Dazu gehören folgende Faktoren:

- Struktur- und Standortentscheidungen im Hochschulbereich müssen die historisch gewachsenen Gegebenheiten der Hochschullandschaft beachten.

- Die neuen Länder haben eine Raumstruktur, die im Hinblick auf Siedlungsdichte und -verteilung, Ballungsgebiete und strukturschwache Regionen sowie wirtschaftsstrukturelle Merkmale spezifisch ist. Dies beeinflusst die mögliche und erforderliche Standortvielfalt im Hochschulbereich.
So sind z.B. manche Wissenschaftsstandorte und ihr Fachspektrum nur durch ihre räumliche Bindung an die Industriestandorte zu erklären, so die Hochschule Merseburg zwischen Halle und Leipzig wegen des Standorts der Leunawerke.

- Auch wird die raumwirksame Funktion der Hochschulen von der sozialen Absicherung des Studiums beeinflusst. Die Hochschulen der DDR verfügten z.B. über einen relativ hohen Bestand an Wohnheimplätzen zu niedrigem Mietpreis. Das begünstigte bisher eine höhere Mobilität unter den Studienanfängern bei der Wahl des Studienortes als in den alten Ländern, wo man wegen hoher Mieten mehr "Elternwohner" antrifft. Könnten die bisherigen Wohnheimbedingungen erhalten bleiben, könnte man von einer stärker überregionalen Funktion der Hochschulstandorte mit möglichen Auswirkungen auf die erforderliche Standortdichte ausgehen.

- Es bestehen noch große regionale Ausstattungsdisparitäten u.a. im Ausbildungsangebot an Universitäten und Fachhochschulen der alten Länder. Die aktuelle Standortsituation im Hochschulbereich der alten Länder

¹ Eine vergleichbare Kennziffer wendet Geipel an, in dem er die Mantelbevölkerung für Universitäten ermittelt. (Vgl. Geipel, R.: Hochschulgründungen und Regionalpolitik. In: Lohmar, U.; Ortner, G. E. (Hrsg.): Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Hannover, Dortmund, Darmstadt, Berlin 1975, S. 187.

stellt somit kein Idealmodell dar, das dem Hochschulnetz der neuen Länder deshalb auch kein Zielmodell bieten kann¹.

Die genannten Faktoren zeigen, daß ein Vergleich nach Kennziffern der Standortdichte nur einen begrenzt modellhaften Charakter trägt und aufgrund spezifischer Gegebenheiten und Entwicklungen in den neuen Ländern nicht für mögliche Modifizierungen in der Netzgestaltung als Vorbild dienen kann.

In den neuen Ländern gab es bisher 26 Standorte mit Universitäten und Hochschulen. Das entspricht einer Fläche von 4.167 km je Standort und einer Mantelbevölkerung von 632.000 Einwohnern je Standort. Während die flächenbezogene Dichteziffer mit der des alten Bundesgebietes übereinstimmt, liegt der bevölkerungsbezogene Wert wesentlich günstiger, d.h. die Mantelbevölkerung ist kleiner als in den alten Ländern (vgl. Tab. 4).

Die Unterschiede zwischen neuem und altem Bundesgebiet in der bevölkerungsbezogenen Dichteziffer stehen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen durchschnittlichen Bevölkerungsdichte beider Gebiete Deutschlands. Ein Vergleich mit solchen Alt-Ländern, die eine ähnliche Bevölkerungsdichte wie das neue Bundesgebiet im Durchschnitt aufweisen, läßt dies erkennen. Unter den alten Ländern gleichen Bayern und Niedersachsen einschließlich Bremen noch am ehesten der bisherigen DDR. Für diese Ländergruppe ergibt sich flächenbezogen ein bedeutend höherer, bevölkerungsbezogen jedoch ein nur geringfügig höherer Kennziffernwert als im Durchschnitt aller alten Länder. Ähnliche Relationen bestehen beim Standortnetz der Fachhochschulen (vgl. Tab. 4).

Wenn die Dichteziffern dieser Ländergruppe auf das neue Bundesgebiet bezogen werden, dann ergibt sich eine ähnliche Zahl von Hochschulstandorten (16 bei Universitäten, 31 bei Fachhochschulen) wie bei Anwendung der bevölkerungsbezogenen Kennziffer des alten Bundesgebiets.

¹ Vgl. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Regionale Infrastrukturausstattung. In: BfLR-Mitteilungen 6/1990, S. 1.

Tabelle 4: Zahl der Standorte und Standortdichte von Universitäten/Hochschulen¹⁾ und Fachhochschulen²⁾ im alten und neuen Bundesgebiet - Ausgangssituation und mögliche Angleichung im neuen Bundesgebiet entsprechend den Dichteziffern im alten Bundesgebiet

Hochschulbereich Gebiet	Ausgangssituation			Angleichung im neuen Bundesgebiet	
	Standorte (=Sto)	Standortdichte		Standorte nach Sp. 2	Stand- orte nach Sp. 3
		km ² /Sto	EW/Sto ³⁾		
	1	2	3	4	5
Universität/Hochschulen altes Bundesgebiet ⁴⁾	60	4.137	984		
dar. Bayern, Nieders. ⁵⁾	18	6.578	1.040		
neues Bundesgebiet	26	4.167	632		
wie altes Bundesgebiet				26	17
wie Bayern ...				16	16
Fachhochschulen altes Bundesgebiet ⁴⁾	111	2.236	532		
dar. Bayern, Nieders. ⁵⁾	35	3.383	535		
neues Bundesgebiet	-	-	-		
wie altes Bundesgebiet				48	31
wie Bayern ...				32	31

- 1) Ohne künstlerische, kirchliche und private Hochschule sowie ohne Hochschulen der Bundeswehr.
2) Ohne Verwaltungs-Fachhochschulen, einschließlich Standorte von Abteilungen.
3) Einwohner in Tausend.
4) Ohne Berlin (West).
5) Einschließlich Bremen.

In den alten Ländern hatte sich im historischen Prozeß durch staatliche Vielfalt (zahlreiche Residenzstädte), damit verbundene bewußte Gegen Gründungen (Gießen gegen Marburg), selbstbewußtes Stadtbürgertum (Frankfurt, Hamburg) und ... der Notwendigkeit, für die nach dem zweiten Weltkrieg geschaffenen Länder wenigstens in den neuen Landeshauptstädten (Mainz, Saarbrücken) Universitäten zu gründen, ein Standortnetz ausgebildet.¹ Es wurde im Zeichen der wachsenden Studentenzahl erweitert und verdichtet.² Als Faustregel könnte gelten, daß eine Mantelbevölkerung von etwa 1 Mio. Einwohnern auf einen Universitätsstandort kommt (Vgl. auch Tab. 5). Das ließe erwarten, daß für das Gebiet der früheren DDR ca. 17 (statt 26!) Standorte ausreichen sollten. Zum Teil erfolgte diese Verringerung bereits durch Umwandlung einiger Technischer und Spezialhochschulen in Fachhochschulen. Nach den Empfehlungen³ des Wissenschaftsrats und den Vorhaben der Länder ist ein Hochschulnetz mit 20 Standorten (einschließlich der Standorte von Abteilungen bzw. Außenstellen an ehemaligen Pädagogischen Hochschulen) vorgesehen, wobei 7 Standorte aufgegeben werden oder als Standorte mit Fachhochschulen weiterbestehen und ein Standort durch Neugründung einer Universität (Frankfurt/O) neu entsteht.

Neben diesen Veränderungen auf der Ebene der Einrichtungen wäre ein tiefgreifender Wandel in den Standortstrukturen nach Fachbereichen erforderlich. In vielen Fächergruppen bzw. Studiengängen ergibt sich nach der Dichte ziffer eine zum Teil bedeutende Erhöhung der Standortzahl (vgl. Tab. 5). Das gilt besonders für die geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen. Dagegen ergäbe sich z.B. in der Medizin, vor allem aber im Studiengang Maschinenwesen, eine geringere Standortzahl als bisher. Die Ausdünnung des Standortnetzes von ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen ist die Folge der bisher überhöhten Dimension der Ingenieurausbildung auf der Ebene der Universitäten und Hochschulen, die - bei hohem Spezialisierungsgrad der Einrichtungen - mit einer überdurchschnittlich großen Zahl von Standorten verknüpft war.

¹ Mayr, A.: Universität und Stadt. Ein stadt-, wirtschafts- und sozialgeographischer Vergleich alter und neuer Hochschulstandorte in der Bundesrepublik Deutschland. Münstersche Geographische Arbeiten Bd. 1. Paderborn 1979, S. 375.

² Geipel, R. a. a. O., S. 185 - 200.

³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder. Düsseldorf 1991.

Tabelle 5: Zahl der Standorte und Standortdichte von Universitäten/Hochschulen¹⁾ und Kunst-Hochschulen sowie von ausgewählten Fachbereichen im alten und neuen Bundesgebiet
 - Ausgangslage (1990) und mögliche Angleichung im neuen Bundesgebiet entsprechend der Dichteziffer im alten Bundesgebiet

	Ausgangslage				Angleichung im neuen Bundesgebiet	
	altes Bundesgebiet ²⁾		neues Bundesgebiet		Standorte	EW in Tsd. je STO ²⁾
	Standorte (=Sto)	EW in Tsd. je Sto	Standorte (=Sto)	EW in Tsd. je STO ²⁾		
Universitäten/Hochschulen ges.	60	984	26	632	17	967
Kunst-Hochschulen	27	2.188	6	2.739	7	2.348
Fachbereiche:						
Sprachwiss.	48	1.230	5	3.287	13	1.264
Geschichtswiss.	42	1.406	3	5.478	12	1.369
Rechtswiss.	28	2.109	3	5.478	8	2.054
Betriebswirt.	30	1.969	7	2.348	8	2.054
Soziologie/ Sozialwiss.	40	1.477	3	5.478	11	1.494
Mathematik	46	1.284	12	1.369	13	1.264
Chemie	42	1.406	9	1.826	12	1.369
Medizin	25	2.363	9	1.826	7	2.348
Maschinenwesen	19	3.102	9	1.826	5	3.287
Informatik	23	2.568	5	3.287	7	2.348

¹⁾ Ohne künstlerische Fachhochschulen und kirchliche Hochschulen sowie Hochschulen der Bundeswehr und private Hochschulen.

²⁾ Ohne Berlin (West).

Die Erhöhung der Standortzahl in vielen Fachrichtungen ist Ausdruck der notwendigen Umwandlung der meisten Hochschulen von Einrichtungen mit spezialisiertem Profil zu Ausbildungsstätten mit breitem Profil. Vor allem dieser Prozeß der Profilerweiterung ist es, aus der die neue Qualität der Standortveränderungen in den neuen Ländern im universitären Bereich hervorgeht.

In der Standortdichte von künstlerischen Hochschulen bestehen zwischen beiden Teilen des Bundesgebietes keine bedeutenden Unterschiede, wenn in den neuen Ländern die Außenstellen von künstlerischen Hochschulen in Rostock, Schwerin, Magdeburg und Gera außer Betracht bleiben. Nach der bevölkerungsbezogenen Dichteziffer könnte noch an einem weiteren Standort eine Kunst-Hochschule gegründet werden. Prädestiniert für eine solche Ansiedlung ist ein Standort in Mecklenburg-Vorpommern, wo bisher zwei der erwähnten Außenstellen bestanden, aber keine eigenständige Hochschule existiert. Dementsprechend sieht der Wissenschaftsrat - übereinstimmend mit den Vorstellungen der Landesregierung - die Möglichkeit, vorzugsweise in Rostock eine Hochschule für Musik und Theater zu gründen.¹

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, in den neuen Ländern an 25 Standorten Einrichtungen mit Fachhochschulstatus zu gründen. Überwiegend handelt es sich dabei um Standorte, an denen bisher Technische Hochschulen oder Ingenieurschulen angesiedelt waren.

Im alten Bundesgebiet existiert ein relativ dichtes Netz von Standorten mit Fachhochschulausbildung. Es schließt eine bedeutende Zahl von Standorten mit Abteilungen von Fachhochschulen ein, die meist nur ein enges Profil haben. Dies verdeutlicht, daß die einzelnen Ausbildungsstandorte in ihrer regionalen Funktion nicht qualitativ gleichwertig sind. Dennoch üben auch Fachhochschul-Abteilungen raumversorgende Funktionen aus. Verglichen mit der bevölkerungsbezogenen Netzdichte im westdeutschen Raum könnten im neuen Bundesgebiet an 31 Standorten Fachhochschul-Einrichtungen gegründet werden (vgl. Tab. 6). Nach der flächenbezogenen Dichte kämen dafür sogar 48 Standorte in Frage (vgl. Tab. 4). Allein die Zahl von 31 Standorten liegt deutlich höher als die sich aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrats ergebende Standortzahl.

Hinzu kommt, daß der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren als Strategie für die alten

¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen für die künftige Entwicklung der Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Berlin 1992, S. 92 - 96.

Länder vorsieht, den Ausbau des Fachhochschulbereichs vor allem mit der Gründung von Einrichtungen an neuen Standorten zu realisieren.¹ Es ist

Tabelle 6: Zahl der Standorte und Standortdichte von Fachhochschulen und von ausgewählten Fächergruppen und Studiengängen im alten Bundesgebiet (1990) und mögliche Angleichung im neuen Bundesgebiet entsprechend der Dichteziffer im alten Bundesgebiet sowie Vorschlag Wissenschaftsrat

	altes Bundesgebiet ¹⁾		Angleichung im neuen Bundesgebiet		Vorschlag Wissenschaftsrat
	Standorte	EW in Tsd. je Sto.	Standorte	EW in Tsd. ¹⁾ je Sto.	Standorte ²⁾
Fachhochschulen ges.	111	532	31	530	25
Fächergruppe/Studiengang:					
Wirtschaftswiss. ges.	56	1.056	16	1.027	18
dar. Betriebswirt.	44	1.342	12	1.369	18
Wirt.ing.wesen	17	3.474	5	3.287	8
Wirt.inform.	12	4.922	4	4.108	7
Ingenieurwiss. gesamt	94	628	26	632	23
dar. Maschinenbau	55	1.074	15	1.096	17
Elektrotechnik/ Elektronik	57	1.037	16	1.027	16
Verfahr.technik	23	2.568	6	2.738	8
Architektur	40	1.476	11	1.494	7
Bauingenieurw.	38	1.554	11	1.494	10
Informatik	30	1.969	8	2.054	11
Agrarwiss. gesamt	14	4.219	4	4.108	6
Sozialwesen	45	1.313	13	1.264	10

¹⁾ Ohne Berlin (West).

²⁾ Einschließlich vorhandener Ausbildung in Berlin (West).

¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991, S. 72 ff.

somit davon auszugehen, daß das Netz der Fachhochschulen in den alten Ländern in den nächsten Jahren ausgebaut wird. Erste Neugründungen sind in einigen Ländern bereits geplant. So ist in Bayern vorgesehen, an mehreren neuen Standorten Fachhochschulen zu gründen¹, in Baden-Württemberg sollen fünf neue Fachhochschulen und in Nordrhein-Westfalen soll die Fachhochschule Gelsenkirchen (bisher Abteilung) mit zwei neuen Standorten in Bocholt und Recklingshausen errichtet werden.²

Für die längerfristige Entwicklung des Standortnetzes im Fachhochschulbereich der neuen Länder muß daher von einer höheren Netzdichte als der derzeitigen im alten Bundesgebiet ausgegangen werden. Insbesondere muß bei der Standortverteilung von Fachhochschulen auch der flächenbezogene Aspekt beachtet werden. Das erfordert der besonders ausgeprägte strukturfördernde Bezug dieser Einrichtungen zur regionalen Wirtschaft. Auf diesen Gesichtspunkt geht auch der Wissenschaftsrat in den Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern ein, wenn er wegen der Flächenausdehnung der neuen Länder darauf verweist, daß wenige große Fachhochschulen den besonders wichtigen Regionalbezug gefährden würden.³

Aus dieser Sicht müssen die mit Hilfe der bevölkerungsbezogenen Dichteziffer ermittelten Standortzahlen als Minimalgröße betrachtet werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist in den Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte, wie in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg, eine relativ höhere Standortdichte an Fachhochschulen denkbar als im bevölkerungsdichteren Freistaat Sachsen. Dabei sind jedoch die wissenschaftsspezifischen und betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen als begrenzender Faktor in Rechnung zu stellen. Diese Bedingungen stehen wiederum in einem engen Zusammenhang mit der langfristig zu erwartenden Zahl an Studienanfängern und der weiteren Entwicklung des Anteils der Fachhochschulen daran.

Der Wissenschaftsrat selbst betrachtet die vorgeschlagenen Fachhochschulgründungen in den neuen Ländern nur als eine - wenn auch grundlegende -

¹ Schindler, G.; Harnier, v. L.; Länge-Soppa, R.; Schindler, B.: Neue Fachhochschulstandorte in Bayern. Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung. Neue Monographie, Heft 28. München 1991.

² Planung. In: DUZ Deutsche Universitäts-Zeitung, 8/1992, S. 12.

³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern. Düsseldorf 1991, S. 34.

erste Ausbaustufe¹. Ein weiterer Ausbau schließt ein, daß auch das Standortnetz erweitert wird. So hält es der Wissenschaftsrat für möglich, daß z. B. im Land Brandenburg zu einem späteren Zeitpunkt zwei weitere Fachhochschul-Standorte entwickelt werden. Die zu erwartenden steigenden Studienanfängerzahlen sollten daher nicht vollständig auf die bisher vorgesehenen Fachhochschulen aufgeteilt werden, sondern es sollte für spätere Neugründungen ein Reservepotential vorgesehen werden.

Einen solchen etappenweisen Ausbau der Fachhochschulausbildung sieht die Hochschulstrukturkommission im Land Sachsen-Anhalt bereits vor. Dabei wird die Errichtung von zwei weiteren Standorten, u. a. in Stendal, empfohlen.² Auch im Freistaat Sachsen wird durch Gründung der Abteilung

Schneeberg an der Fachhochschule Zwickau das Standortnetz erweitert.³ Die ermittelte Standortzahl für ausgewählte Studiengänge macht deutlich, daß die geringe Zahl an Fachhochschul-Standorten im Rahmen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates hauptsächlich eine Folge des Bestrebens ist, möglichst Einrichtungen mit einer Mindestgröße von 1.000 Studienplätzen und mit wenigstens drei Studiengängen zu schaffen und von Abteilungsgründungen möglichst Abstand zu nehmen. Bei den meisten der in Tabelle 6 ausgewiesenen Studiengängen übertrifft die Zahl der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Standorte nämlich die nach der bevölkerungsbezogenen Dichte im alten Bundesgebiet ermittelte Zahl möglicher Standorte. Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz bei den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Bemerkenswert ist, daß die empfohlene Standortzahl in den Studiengängen Architektur, Bauingenieurwesen und Sozialwesen die nach der bevölkerungsbezogenen Dichte mögliche Zahl nicht erreicht (vgl. Tab. 6). Es handelt sich hierbei um Studiengänge, die einen engen Bezug zu Bereichen der Infrastruktur besitzen und deren Standortverteilung deshalb eher flächendeckenden Prinzipien folgen sollte. Gerade hier wäre eine deutlich größere Standortzahl zweckmäßig. Weitere Fachhochschulen an neuen Standorten müßten dabei auf der Grundlage dieser Studiengänge und - in geringerem Umfang - einiger weiterer technischer Studiengänge gegründet werden.

¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991, S. 59.

² Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg 31.3.1992, S. 22 u. S. 43.

³ Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschulen - Gesetz zur Struktur des Hochschulwesens und der Hochschulen im Freistaat Sachsen, 11.3.1992.